

#9: Unsere ›imperiale Lebensweise‹ überwinden

Das Problem ist nicht, dass ihr nicht wisst, dass unsere Wälder brennen und unsere Völker sterben. Das Problem ist, dass ihr euch an dieses Wissen gewöhnt habt.

Kay Sara

As the world is released from limbo, a return to the status quo entails reviving a barbaric world order that has started to crumble. It must, instead, be dismantled.

Sona Prakash

Corona war und ist ein Schock für uns alle – so lautet der allgemeine Tenor. Aber wer ist dieses ›wir alle‹? Ist Corona tatsächlich eine gemeinsame globale Erfahrung, die die Nationen einander weltweit näher bringt? In gewissem Sinne könnte man sagen, das Gegenteil ist der Fall. Ein ›Krisennationalismus‹ breitet sich aus. Diejenigen, denen es besser geht, schauen, dass es ihnen noch besser geht, und scheinen froh zu sein, dass es ihnen nicht so schlecht wie manchen Nachbarn oder entfernten Nationen geht. Sind wir (›wir‹ in der westlichen Welt, im Globalen Norden) bereits blind und taub dafür, was die Pandemie für die Anderen bedeutet? Gemeint sind hier nicht bloß die anderen Menschen in unserem eigenen Land, auch nicht jene in anderen europäischen Staaten – darüber gibt es zumindest eine regelmäßige mediale Berichterstattung und immerhin eine massiv wahrnehmbare Kritik an (nationalen) Egoismen. Nein, gemeint sind hier die Folgen von Corona in den Ländern Afrikas, Südasiens oder Lateinamerikas, und vor allem in den ärmsten Ländern unter ihnen, von denen wir am wenigsten wissen. Schließlich

hatten viele Menschen in Europa bereits im Sommer 2020 (fälschlicherweise) das Gefühl, die Krankheit sei beinahe schon überwunden, während in weiten Teilen der Welt die Ansteckungsraten und die Todeszahlen durch Covid-19 bedrohlich stiegen.

Der tödliche Cocktail aus Klimakrise und Coronakrise

Die Ursachen für eine besondere Vulnerabilität vieler Länder des Südens sind wohl schwach ausgebauten Gesundheitssysteme, der Mangel an guter Wasserversorgung und die praktische Unmöglichkeit zum *social distancing*. Entscheidend ist aber, dass sich in vielen Ländern die Folgen der Klimakrise (und anderer Krisen) und der Coronakrise zu einem unheilvollen Cocktail zusammenbrauen, der die Armut und extreme Armut noch steigert. Der *Germanwatch Climate Risk Index 2020* zeigt ganz deutlich: 70 Prozent der zehn am meisten von extremen Wetterereignissen betroffenen Länder zwischen 1999 und 2018 gehören zu den am geringsten entwickelten Ländern. Der Klimawandel trifft damit diejenigen am meisten, die ihn am wenigsten verursacht haben, und diese können sich auch am wenigsten gegen seine Folgen wappnen. Nun kommt Corona hinzu. Das bedeutet: Menschen, die am Existenzminimum leben, haben meist auch ein geschwächtes Immunsystem und sind somit für Covid-19 anfälliger, und sie können sich auch weniger schützen. Die Gefahr von Hungersnöten in Ländern wie Tschad, Niger, aber auch Teilen Indiens oder in Bangladesch steigt drastisch, wie eine deutsche Studie vom Frühjahr 2020 offenlegt. (Vgl. Minninger et al. 2020)

Uns mit dieser Thematik zu beschäftigen, wird uns allerdings nicht leicht gemacht. Zum einen ist die Berichterstattung darüber in den großen Medien relativ spärlich. In Zeiten des Internet sind zwar die Informationsmöglichkeiten derart gestiegen, dass dies bei Interesse durchaus ausgeglichen werden kann. Doch warum sich mit Dingen in weiter Ferne befassen, wenn Corona uns doch schon im Nahbereich so viele Probleme schafft und wir froh sind, unseren komplizierter gewordenen Alltag zu bewältigen, wenn wir nicht gar mit Existenzsorgen zu kämpfen haben? Allerdings zeigt uns gerade Corona, wie sehr wir bereits global vernetzt sind – in allen Bereichen. Das Virus hat in wenigen Wochen den gesamten Erdball infiziert. Gesundheitspolitische Entscheidungen in einem Land haben Auswirkungen bis hin zu den Antipoden. Wenn die ökonomischen Folgen der Coronakrise so drastische Auswirkungen in einzelnen Regionen des Globalen Südens haben, wie sich abzeichnet, dann

werden wir diese Folgen ebenfalls zu spüren bekommen. Gewaltsame Konflikte und Kriege und nicht zuletzt neue Migrationswellen, die auch Europa erreichen werden, sind zu erwarten. Schon deshalb sollten wir uns darum kümmern, was in anderen Winkeln unseres ›Heimatlands Erde‹ geschieht. Und wir sollten uns darauf gefasst machen, dass nur massive Anstrengungen von der Seite des reichen Nordens Katastrophen abwenden können. Entwicklungspolitische Expert*innen wie die Gewinnerin des ›Nobelpreises‹ für Wirtschaft 2019, Ester Duflo, aber auch die Weltbank und der Internationale Währungsfonds (IMF), fordern bereits sehr klar einen drastischen Schuldenverlass und einen globalen »Marshallplan« für die Länder des Südens. (Chu 2020) Manche plädieren auch für einen Green Marshall Plan. (Saha et al. 2020) Angesichts der Tatsache, dass zwei Drittel der Weltbevölkerung in so genannten Entwicklungsländern (mit Ausnahme Chinas) leben, die durch die COVID-19-Krise ökonomisch ganz besonders betroffen sind, fordert die UN-Organisation für Handel und Entwicklung UNCTAD ein Unterstützungs paket von 2,5 Billionen US-Dollar für diese Länder. (Reinert 2020) Das klingt nach viel Geld, doch es entspricht etwa dem Betrag, den die Entwicklungsländer im letzten Jahrzehnt erhalten hätten, wenn die OECD-Länder das angepeilte Ziel der Entwicklungszusammenarbeit im Ausmaß von 0,7 Prozent des BIP tatsächlich zur Verfügung gestellt hätten.¹

Die Umschichtungen, zu denen man sich wird entschließen müssen, werden sicher Dimensionen annehmen, die bei uns spürbar sein werden. Es geht dabei um ganz grundlegende Bedürfnisse, nämlich darum sicherzustellen, dass jeder Mensch auf dieser Erde Zugang zu gesunder Nahrung, reinem Wasser, Gesundheitsversorgung, gesunde Wohnverhältnisse und eine stabile Beschäftigung erhält. Somit lauter Dinge, die wir als unser selbstverständliches Recht beanspruchen. Und entspricht es nicht unserem westlichen Selbstbild, dass wir an vorderster Front derer stehen, die im Namen der Menschenrechte diese Grundbedürfnisse für alle Menschen erreichen wollen?

¹ »Die Industrienationen haben sich verpflichtet, mindestens 0,7 Prozent ihrer Bruttonationaleinkommen (BNE) für die Entwicklungszusammenarbeit bereitzustellen [...]. Diese Verpflichtung wurde auch in die Agenda 2030 aufgenommen und im Nachhaltigkeitsziel 17.2 als Indikator benannt. Derzeit liegt aber die ODA-Quote der Geber des OECD-Entwicklungs ausschusses bei nur 0,3 Prozent der BNE und hat sich seit Jahren kaum verändert.« Nur 5 Länder erreichen das 0,7 Prozent Ziel an Geldern für Entwicklungszusammenarbeit (ODA). Siehe: <https://www.welthungerhilfe.de/welternaehrung/rubriken/entwicklungspolitik-agenda-2030/deutsche-oda-in-daten-fakten-und-trends/>

Imperiale Lebensweise: Die Armen finanzieren den Reichtum der Reichen

Corona ist nur die Spitze eines Eisberges. Die Problematik geht tiefer, und das erklärt auch unsere »Schwerhörigkeit« und mangelnde Lernbereitschaft in dieser Materie. Die Coronakrise legt, zum wiederholten Male, eine Wahrheit offen, die wir (im reichen Norden) nicht wissen wollen, nämlich dass wir seit langem auf Kosten der Menschen in anderen Weltregionen und auf Kosten der künftigen Generationen, auch der eigenen, leben. Immer noch gilt uns Armut als eine Art Naturphänomen, das durch (Entwicklungs-)Hilfe beseitigt werden kann. Auch die Nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) der UNO haben sich, wieder einmal, dieses Ziel gesetzt, und man wundert sich, dass bei so viel gutem Willen alle Bemühungen doch nur so wenig Erfolg zeitigen.

In Wahrheit ist Armut allerdings kein technisches, sondern ein politisches Problem. Armut existiert nicht einfach, sie wurde geschaffen, betont der Ökonom Jason Hickel in seinem vielbeachteten Buch *The Divide* (2017). Arme Länder sind arm, weil sie in ein ungleiches globales Wirtschaftssystem integriert sind, lautet sein Hauptargument. Entwicklungshilfe verdeckt nur die tiefen Muster des Transfers des Reichtums vom Globalen Süden in den Norden. Das gelte nicht nur für die Zeit des Kolonialismus, sondern dieser Mechanismus funktioniere bis heute so. Er zitiert Berechnungen von unabhängigen Instituten wie *Global Financial Integrity* oder des *Centre for Applied Research at the Norwegian School of Economics*, die feststellen, dass z.B. im Jahre 2016 alle Finanztransaktionen jeglicher Art in den Globalen Süden etwas über 2 Billionen US \$ betrugen, während umgekehrt die Abflüsse in den Globalen Norden aus dem Süden rund 5 Billionen US \$ ausmachten. Der Süden hat somit den Norden im Gesamten gesehen mit 3 Billionen US \$ subventioniert. (Hickel 2017, 25-26) Und das jährlich.

Somit verwundert es auch weniger, dass trotz aller großspurigen Programme der Entwicklungshilfe und der ›Ausrottung des Hungers‹ sich das Einkommensgefälle zwischen dem Norden und dem Süden seit 1960, dem Zeitpunkt der großen Entkolonialisierung, etwa verdreifacht hat. Heute leben laut Hickel 4,3 Milliarden Menschen, 60 Prozent der Weltbevölkerung, von weniger als fünf Dollar pro Tag. Etwa 1 Milliarde leben von weniger als einem Dollar pro Tag. Die reichsten acht Menschen verfügen heute über die gleiche Menge an Reichtum wie die ärmste Hälfte der Welt zusammen. (Stand von 2017)

Die einzelnen Mechanismen dieser ungerechten Weltwirtschaftsordnung, die alle Armutsbekämpfungsprogramme illusorisch machen, können hier nicht nachgezeichnet werden. Das Resultat ist jedoch insgesamt das, was Ulrich Brand unsere »imperiale Lebensweise« nennt. Damit möchte er darauf hinweisen, »dass das alltägliche Leben in den kapitalistischen Zentren wesentlich über die Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse und der Naturverhältnisse andernorts ermöglicht wird.« (Brand/Wissen 2017: 43)

Schärfer gesagt: Der Norden verbraucht die ökonomischen und ökologischen Ressourcen des Südens und strukturiert damit auch dessen Lebensweise. Gerade weil diese Lebensweise so allumfassend ist, ist sie auch so unsichtbar und scheinbar »natürlich« in unserem Alltag verankert: »Der Begriff der imperialen Lebensweise verbindet den Alltag der Menschen mit den gesellschaftlichen Strukturen.« (Brand/Wissen 2017: 46) Die ökonomische Ungleichheit und die politische Herrschaft des Nordens ermöglichen vielen Menschen im Norden (und in manchen Zentren des Südens) – aber keineswegs allen, und auch keineswegs allen gleich! – eine komfortable Lebensweise. Es ist, wie Brand betont, auch eine androzentrische und patriarchale Lebensweise. Die imperiale Lebensweise hat also nicht nur die ökonomische Dimension, wie von Hickel und anderen Ökonom*innen beschrieben, sondern sie hat auch eine subjektive Seite und kulturelle Dimension, der Habitus, das Denken, die Leitbilder und die persönliche Gefühlswelt der Menschen sind mit einbezogen. In ähnlicher Weise spricht auch die Berliner Philosophin Rahel Jaeggi von Kapitalismus als »Lebensform«, d.h. von den vielfältigen Beziehungen, die zwischen ökonomischen und anderen gesellschaftlichen Praktiken bestehen: »Es gibt politische, institutionelle Voraussetzungen, es gibt kulturelle Voraussetzungen dafür, dass ökonomische Praktiken diese oder jene Ausprägung kriegen.« Zugleich üben aber auch die ökonomischen Praktiken ihren Einfluss auf andere gesellschaftliche Bereiche aus. Die Ökonomie ist eben »Teil der Normen, Werte und Vorstellungen darüber, wie man die Welt versteht und wie man das Leben in ihr führt« (Jaeggi 2020). Diese ganzheitliche Betrachtung macht es erst möglich, an realistischen Strategien zur Überwindung der kapitalistischen Lebensform und der imperialen Lebensweise zu arbeiten.

Warum sich die imperiale Lebensweise so erfolgreich etablieren konnte? Sie ist die Fortsetzung des Kolonialismus mit anderen Mitteln. Der Kolonialismus und Imperialismus waren ein entscheidender Motor, um in Europa die industrielle Entwicklung voranzutreiben, die wiederum auf einer nie dagewesenen systematischen Ausbeutung der Erde, vor allem der fossilen Brenn-

stoffe zur Energiegewinnung, beruht. Die imperiale Lebensweise als Ausbeutung von Mensch *und* Natur hat sich also tief in die kulturelle DNA der westlichen Zivilisation eingeschrieben und den Anschein von Selbstverständlichkeit und Natürlichkeit gewonnen. Darüber hinaus hat sich ihr Modell inzwischen auf dem gesamten Erdball verbreitet. Längst gibt es nicht nur im Globalen Norden Gewinner, sondern es finden sich ebenso Vertreter der imperialen Lebensweise im Globalen Süden.

Die Alltäglichkeit dieser Lebensweise ist auch eines der subjektiven Hindernisse für ihre Überwindung und für die Beseitigung des neo-kolonialen Weltsystems, das ihr zugrunde liegt. Dazu kommt, dass sie von einem Großteil der Menschen im Norden auch subjektiv bejaht wird, selbst wenn diese nur teilweise ihre Nutznießer sind: »Der strukturelle Zwang zur imperialen Lebensweise, der andernorts mitunter Leid und Zerstörung verursacht, wird jedoch nicht notwendigerweise als solcher empfunden, sondern vielfach als Erweiterung von Handlungsmöglichkeiten. Für viele Menschen bedeutet die imperiale Lebensweise die Möglichkeit eines subjektiv erfüllten Lebens.« (Brand/Wissen 2017: 55) Wer möchte das schon gerne aufgeben? Und wer ist überhaupt bereit, sich einzustehen, welchen Umständen sie oder er die eigene privilegierte Position verdankt? Noch dazu, wo man individuell gar nicht viel tun muss, um diese Privilegien zu genießen, sobald man in diesem System lebt? Und die meisten würden wohl auch rundweg bestreiten, derartig privilegiert zu sein, weil sie sich immer mit denen vergleichen, die noch mehr haben.

Zugleich müssen wir uns mit einem scheinbar gegensätzlichen Befund auseinandersetzen – mit der These von der *Tropikalisierung* der Welt. Unter Verweis auf Lévi-Strauss' bekanntes Werk *Tristes Tropiques*, in dem er die Zerstörung der Kulturen und gesellschaftlichen Strukturen des Globalen Südens beklagt, stellt der französische Soziologe Xavier Ricard Lanata (2019) fest, dass seit dem Aufschwung des Neoliberalismus auch der Globale Norden dasselbe Schicksal erleide. Der ungezügelte Kapitalismus führe auch hier zu einer Pauperisierung, der Unterschied zum Süden sei nur mehr graduell. Dieselben Logiken von Unterwerfung und Ausbeutung kämen zunehmend auch in den westlichen Demokratien zur Anwendung. Die Masse der eigenen Bevölkerung werde immer mehr wie »Eingeborene« behandelt. Der globale Süden sei im Norden angekommen, die Welt habe sich »tropikalisiert«.

Lanata hat sicher in dem Punkt recht, dass die imperiale Lebensweise, die dennoch – und im Gegensatz zu seiner Ansicht – den Globalen Norden insgesamt charakterisiert, nicht bedeutet, dass alle Menschen in Europa oder

etwa den USA davon auch tatsächlich in gleichen Maßen bzw. überhaupt profitieren. Es findet sich sozusagen auch eine Dritte Welt in der Ersten, und diese ist keineswegs nur auf Migrant*innen beschränkt. Dies muss beachtet werden, sonst werden unterschiedliche *Subalterne* gegeneinander ausgespielt. Trotzdem ändert die reale Pauperisierung in Europa und Amerika oder in einigen privilegierten Metropolen Asiens oder anderswo nichts am grundlegenden Mechanismus der imperialen Lebensweise.

Corona und die fehlende globale Gerechtigkeit

Dies soll nun am Beispiel des Themas Gesundheit in Zeiten von Corona weiter konkretisiert werden. Zwar empfinden auch wir in Europa die Pandemie als eine Einschränkung unserer Lebensweise und für viele bedeutet Covid-19 eine längerfristige Senkung des Lebensstandards. Doch insgesamt hat die Corona-krise die Kluft zwischen Arm und Reich weltweit noch vergrößert und damit die imperiale Lebensweise noch obszöner erscheinen lassen. Im gesamten Globalen Süden hat die Virus-Krise deutlich gemacht, wie die so genannte Strukturangepassungs-Politik des Internationalen Währungsfonds IWF die öffentliche Gesundheitsversorgung untergraben hat. Der Neoliberalismus, ein ›Exportprodukt‹ aus dem Globalen Norden, hat die Armut verschlimmert und das Sozial- und Gesundheitssystem in zahlreichen Ländern des Globalen Südens schwer beeinträchtigt – ein Faktum, das bereits während der Ebola-Krise zu beobachten war.

Unabhängig von allen freundlichen Absichtserklärungen bleibt die Politik von *Big Pharma*, die selbst in der EU und den Vereinigten Staaten den Zugang zu erschwinglichen Medikamenten und rechtzeitigen Tests auf das Coronavirus erschwert, sehr problematisch. Die Privilegien der Pharmafirmen sind durch Welthandelsabkommen rechtlich abgesichert und blockieren auch den Zugang zu erschwinglichen Medikamenten und öffentlicher Gesundheit im Globalen Süden.

›Bevor das WTO-Abkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte an geistigem Eigentum (TRIPS) in Kraft trat, konnten die nationalen Regierungen wählen, ob sie Patente auf pharmazeutische Produkte erteilen wollten. Das TRIPS-Abkommen übertrug Big Pharma ab 2005 faktisch alle Exklusivpatente und verpflichtete alle WTO-Mitglieder, Patente für mindestens zwanzig Jahre zu schützen, einschließlich der in anderen Ländern

registrierten Patente. Ärzte ohne Grenzen (*Médecins Sans Frontières*, MSF) berichten, dass das TRIPS-Abkommen Millionen von Leben im Globalen Süden gefährdet, indem es lebensrettende Medikamente als Konsumgüter behandelt und die verheerenden Auswirkungen hoher Preise ignoriert. Die öffentliche Empörung über TRIPS unter den Entwicklungsländern spitzte sich auf der WTO-Ministertagung 2001 in Doha, Katar, zu. Die Forderungen der Entwicklungsländer, den Vorrang der öffentlichen Gesundheit vor kommerziellen Interessen zu betonen, wurden schließlich in der Erklärung von Doha berücksichtigt. Sie bekräftigte das Recht der Länder, TRIPS-Schutzmechanismen wie Zwangslizenzen zu nutzen, um Patenthindernisse beim Zugang zu Medikamenten zu überwinden.« (Prakash 2020)

Trotz der Fortschritte in Doha nutzen große Firmen und große Staaten ihre wirtschaftliche Macht, um weiterhin einen maximalen Gewinn aus dem Pharmageschäft zu Ungunsten der Staaten des Südens zu ziehen. Die größten Pharmaunternehmen der Welt haben es schon bisher verabsäumt, zwei Dritteln der 139 dringend benötigten Behandlungen in den Entwicklungsländern zu entwickeln, wie aus einem Bericht der unabhängigen *Access to Medicine Foundation* von November 2018 hervorgeht. (Access to Medicine Foundation 2018) Dem Bericht zufolge müssen 91 von 139 laut WHO dringend benötigten Medikamenten, Impfstoffen, diagnostischen Tests oder Geräten noch entwickelt werden, und für 16 besonders dringliche Krankheiten gibt es überhaupt keine Projekte. Insbesondere forderte die Stiftung einen Impfstoff für Kinder gegen Cholera und eine orale Einzeldosis-Heilung für Syphilis.

Nach allen Informationen, die bislang vorliegen, wird sich am Vorrang des Profitdenkens auch bei Corona nichts ändern. Zwar wurde im Frühjahr 2020 die Plattform ACT-A (Access to Covid-19 Tools Accelerator) gegründet, um Forschung und Entwicklung, Produktion und Verteilung von Impfstoffen, Tests und Medikamenten zu organisieren. Milliardenbeträge an öffentlichen Geldern wurden bereitgestellt. Es hieß, dass Impfstoffe globale öffentliche Güter sein müssten. Doch es ist ganz anders gekommen, wie Marco Alves, ein Experte von *Ärzte ohne Grenzen*, im Herbst 2020 bilanzierte:

»Deutschland, Frankreich, Italien, Großbritannien, die USA und andere, die es sich leisten können, vereinbarten bereits Vorabkäufe mit Pharmafirmen, um sich die knappen Medikamentenbestände und zukünftige Impfstoffe zu sichern. [...] Alle anderen müssen sich hinten anstellen.

Obwohl es nötig ist, Impfstoffe, Medikamente und Tests so rasch wie möglich im globalen Maßstab in ausreichender Menge zu produzieren, gibt es keinen verpflichtenden Austausch von Forschungsergebnissen mit Ländern, die über Produktionskapazitäten im globalen Süden verfügen. Erfolglos warb die WHO mit einem Solidarity Call to Action für einen Covid-19-Technologiepool – unterstützt wurde dieser hauptsächlich von Ländern des globalen Südens. Von Solidarität ist nichts mehr zu spüren: Anstatt dafür zu sorgen, dass der globale Bedarf so schnell wie möglich gedeckt wird, können Pharmafirmen auch weiterhin durch Patentmonopole und weitere Exklusivrechte Impfstoffe, Tests und Medikamente künstlich verknappen.« (Alves 2020)

Wege aus der Krise: Schuldenerlass und eine gerechte Weltwirtschaftsordnung

Angesichts der verheerenden Auswirkungen der Coronakrise auf den Süden werden Stimmen laut, die wenigstens die ärgsten Ungerechtigkeiten abbauen wollen. Ein wichtiger Aspekt ist, dass ein künftiger Impfstoff gegen Corona nicht als Ware wie jede andere, sondern als *public good* eingestuft wird, was entscheidend für seine kostengünstige weltweite Verbreitung ist. Dieses Anliegen wurde im Mai 2020 bei der World Health Assembly (WHA) in eine Resolution gefasst, wobei z.B. Staaten wie das Vereinigte Königreich keinerlei Ambitionen zeigten, sich dafür stark zu machen. (Global Justice Now, 2020) Die USA gingen noch einen wesentlichen Schritt weiter. Mit der Einstellung ihrer Zahlungen und dem Austritt aus der WHO schwächen sie die wichtigste Organisation zur Bekämpfung von Pandemien und zum Erhalt der Gesundheit auf globaler Ebene, und damit auch eine der wenigen Einrichtungen, die nicht direkt unter westlicher Führung stehen.

Die Organisation *erlassjahr.de*, das deutsche Entschuldungsbündnis mit über 600 Mitträgerorganisationen, tritt nicht nur für einen großzügigen Schuldenerlass und einen globalen ›Marshallplan‹ angesichts der Coronakrise ein. Die Organisation engagiert sich auch dafür, dass im internationalen Maßstab Menschen und Unternehmen auf ein rechtsstaatliches Insolvenzverfahren zurückgreifen können, wie dies auf nationalstaatlicher Ebene bereits längst der Fall ist. (<https://erlassjahr.de/informieren/>)

Aber dies sind nur erste Notmaßnahmen. Jede Rückkehr zum Status quo wäre die Perpetuierung einer ungerechten Weltordnung. Corona hat wieder

einmal aufgezeigt, wie unmoralisch und mörderisch die bestehende Ordnung ist. Es ist höchste Zeit, dass Fragen wie gerechter Handel, faire Löhne, Steuergerechtigkeit ebenso auf die Tagesordnung kommen:

»COVID-19 hat ein Fenster geöffnet, das den Blick auf eine weitaus verheerendere Langzeitkrise freigibt. Es besteht jedoch die Gefahr, dass sich dieses Fenster mit dem Ende der Pandemie schließt. Dies ist der Moment, es weit aufzustoßen und alle Facetten eines grob ungerechten Regimes offen zu legen. Die alten kolonialen und neokolonialen Ausbeutungsbeziehungen zwischen Nord und Süd zu reparieren. Eine Welt zu verwirklichen, in der jeder Mensch Zugang zu gesunder Nahrung, sauberem Wasser, Gesundheitsversorgung, stabilen Arbeitsplätzen und sanitären Einrichtungen hat.« (Prakash 2020)

Auf den ersten Blick sieht es so aus, als zwängen uns die Strukturen der imperialen Lebensweise ein Nullsummenspiel auf – entweder ethisch richtiges Handeln und Verlust der eigenen Privilegien oder Erhaltung der Vorteile durch Zustimmung zu ›unmoralischen‹ Strukturen. In Wirklichkeit könnte aber durch eine andere gesellschaftliche Organisation der Arbeit und der Produktion von Gütern eine bessere Lebensqualität erzielt werden, und zwar für alle Menschen. Das ist auch das Ziel eines sozial- und umweltverträglichen Wirtschaftens.